

## V7 Alternative zur Klarnamenpflicht

Gremium: GJ Aachen  
Beschlussdatum: 20.07.2019  
Tagesordnungspunkt: TOP 6 Verschiedene Anträge

357 Hass und Hetze im Internet sind ein großes Problem, das die Grüne Jugend  
358 effektiv angehen will. Als Gegenentwurf zur Klarnamenpflicht fordern wir einen  
359 neuen Weg, strafrechtlich relevante Beiträge zu sanktionieren.

360 Dazu sollte die Justiz gegen einen Account vorgehen können, ohne den  
361 zugehörigen Nutzer zu kennen, wenn über den Account strafrechtlich relevante  
362 Beiträge verbreitet werden. Die Sanktionierung des Accounts, wie beispielsweise  
363 eine temporäre oder permanente Sperrung, soll dabei von einem Gericht zeitnah  
364 beschlossen werden können.  
365 Der Nutzer kann dabei anonym bleiben, hat jedoch jederzeit die Möglichkeit,  
366 sich zu dem Account zu bekennen und damit in ein ordentliches Gerichtsverfahren  
367 einzutreten. Wünschenswert wäre eine Beteiligung großer Plattformen an den  
368 Kosten.

369 Angesichts der Schnellebigkeit im digitalen Raum sehen wir es als notwendig an,  
370 dem Staat neue Mittel zu geben, um eine zivilisierte Debattenkultur zu fördern.  
371 Dies sollte die Aufgabe des Staates sein und nicht die gewinnorientierter  
372 Unternehmen.  
373 Eine insbesondere aus konservativen Kreisen geforderte Klarnamenpflicht sehen  
374 wir sehr kritisch, vor allem da die Anonymität eine zentrale Freiheit im  
375 Internet ist.

### Begründung

Im NetzDG sind Betreiber von Internetplattformen dazu verpflichtet worden, gegen Hass und Hetze auf ihren Seiten vorzugehen. Dabei kommt es immer wieder zu Fehlern: Es werden erstens nicht alle kritischen Beiträge erfasst und zweitens wird viel geblockt was nicht geblockt werden sollte. Verschiedene Fälle zeigen eindeutig, dass die Plattformen damit überfordert sind, geltendes Recht durchzusetzen.

Der Vorschlag des Juristen Ulf Buermeyer eines "digitalen Gewaltschutzgesetzes", den wir im Wesentlichen übernommen haben, ist als Alternative zur Klarnamenpflicht zu sehen (siehe [Tagesspiegel](#) vom 19.06.2019). Viele Benutzer sozialer Netzwerke hält ihr bewusst angegebener Klarnamen nicht davon ab Hass und Hetze zu verbreiten. Eine Sperrung der Accounts könnte dies effektiver verhindern. Ein neu eingerichteter Account verfügt zunächst über eine geringere Reichweite, sodass sich die Beiträge schlechter verbreiten lassen.